

# Presseschau vom Wochenende 06 (08./09. Februar)

Zürich (awp) - Nachfolgend eine Auswahl von Artikeln zu wirtschaftsrelevanten Themen aus der Presse vom Wochenende. Die Schlagzeilen in nicht verifizierten Meldungen:

**NOVARTIS:** Der Pharmakonzern Novartis hat die Diversity-Seite seiner amerikanischen Karriereseite gelöscht. Die Zeitung führt den Schritt auf das politische Klima in den USA zurück, das sich unter Donald Trump gegen sogenannte DEI-Programme (Diversity, Equity & Inclusion) gewandt habe. Novartis betonte aber gegenüber der Zeitung, das Engagement für Programme zur Gleichberechtigung werde unverändert fortgesetzt. Man aktualisiere lediglich kontinuierlich die Webseiten, "um sicherzustellen, dass diese die Arbeit, die Kultur und die Werte von Novartis korrekt widerspiegeln". (NZZ, S. 29)

**UBS/FINMA:** Wie viel Kapital soll die Grossbank UBS künftig halten müssen? Laut der "NZZ am Sonntag" dominiert derzeit Finma-Chef Stefan Walter die Debatte darüber. Als Messlatte sehe er die Aufsichtsbehörden in der EU und den USA, bei denen er in führender Stellung tätig war. Kritiker werfen ihm vor, dass er das Mandat der Finma überdehne und dem politischen Prozess vorgehe. Auch laut der "SonntagsZeitung" ist der "Machtkampf" zwischen der UBS und der Politik in vollem Gange. Nächster Fixpunkt sei eine Sitzung der ständerätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben, die Ende Februar zum Thema tage. Zunder sei auch wegen dem letzte Woche von der UBS gemachten Dividendenvorschlags und wegen des angedachten Aktienrückkaufprogramms drin. (NZZaS, S. 33; SoZ, S. 36)

**POSTFINANCE:** Die Postfinance wagt laut dem "Sonntagsblick" einen neuen Versuch, um künftig Kredite vergeben zu dürfen. Konkret wolle sie ins Geschäft mit Firmenfinanzierungen einsteigen, das ihr heute vom Gesetz her verboten ist. Die treibende Kraft dahinter ist laut dem Medienbericht der neue CEO Beat Röthlisberger. Seiner Meinung nach könnte sein Institut in diesem Bereich wieder für mehr Wettbewerb sorgen. "Postfinance hat die Fähigkeiten und die Mittel, bei der Unternehmensfinanzierung die Lücke zu schliessen, welche die CS hinterlassen hat", zitiert die Zeitung den Firmenchef. Bisher scheiterten jedoch alle politischen Vorstösse, die Posttochter vom Kreditverbot zu befreien. (Sonntagsblick, S. 26)

**PROTON:** Europa habe den Eintritt ins Tech-Zeitalter verschlafen, findet Andy Yen, Gründer und CEO der Schweizer Techfirma Proton. Er forderte gesetzliche Vorgaben, um den Kauf und die Nutzung europäischer Technologien zu fördern. Yen, der 2014 das verschlüsselte E-Mail-Programm ProtonMail gegründet hat, erklärte im Gespräch mit der "SonntagsZeitung", dass Europa lange durch seine historisch starke Industrie führend gewesen sei. Seit den 2000er-Jahren sei jedoch Tech zum entscheidenden Wirtschaftsmotor geworden - ein Wandel, den Europa verpasst habe. (SoZ, S. 38)

**SRG:** Die Beratungsfirma Pricewaterhouse Coopers (PWC) hat das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) laut dem "Sonntagsblick" bei seinem Sparkurs beraten. Dies sei ein Bestandteil des Projekts "SRF 4.0". Bei den jüngsten Sparmassnahmen, darunter der Abbau von 50 Vollzeitstellen, sei PWC jedoch nicht involviert gewesen. Wie viel die externe Beratung kostet, wollte SRF nicht offenlegen. Einem Branchenkenner zufolge würden Beratungsfirmen Tagessätze von 3000 bis 5000 Franken verlangen - je nach Auftrag, Teamgrösse und Erfahrung. (SonntagsBlick, S. 3-4)

**RUSSLAND-SANKTIONEN:** Russland beschafft trotz Sanktionen weiterhin Dual-Use-Güter aus dem Westen. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) warnte gemäss der "NZZ am Sonntag" in einem Lagebericht, dass Russland komplexe Strukturen und Netzwerke aufgebaut habe, um sanktionierte Güter wie industrielle Präzisionswerkzeuge, die sowohl militärisch als auch zivil verwendbar sind, zu erwerben. Besonders Drittstaaten wie die Türkei, Serbien und China stünden im Fokus russischer Beschaffungsversuche. Eine Auswertung der Zeitung zeigte, dass die Exporte solcher kritischen Güter aus der Schweiz in einige dieser Länder stark angestiegen sind, seit Russland durch die Sanktionen abgeschnitten ist. (NZZaS, S. 13)

**OECD-MINDESTSTEUER:** Rahul Sahgal von der Swiss-American Chamber of Commerce sieht Chancen für einen Steuerdialog mit den USA. "Der Königsweg wäre, dass die Schweiz wieder aus der OECD-Mindeststeuer aussteigt, falls das machbar ist, ohne den Zorn der EU zu erregen", sagte Sahgal der "NZZ am Sonntag". Die USA haben sich in einem Dekret von Donald Trump am 20. Januar klar gegen die globale Mindeststeuer positioniert. Die Schweiz hat die Mindestbesteuerung nach einer Volksabstimmung im Sommer 2023 zu Beginn 2024 eingeführt. Sahgal möchte in den

nächsten Wochen eine Schweizer Delegation nach Washington bringen, um mit der US-Regierung und dem Kongress zu verhandeln. Dabei erhoffe er sich, dass die Schweiz unter den sogenannten UTPR-Schutzschirm der USA gestellt werde. Diese Regelung sieht vor, dass ein Land Unternehmen nachbesteuern kann, wenn deren Heimatstaat die Mindeststeuer von 15 Prozent nicht erhebt. (NZZaS, S. 39)

**INVESTITIONSKONTROLLE:** Im März entscheidet der Ständerat über die Einführung einer Investitionskontrolle. Diese soll es dem Bund künftig erlauben, ausländische Übernahmen von Schweizer Firmen zur Not zu verbieten. Während der Nationalrat die Vorlage mit grosser Mehrheit unterstützt, könnte die "Lex China" laut der "NZZ am Sonntag" im Ständerat scheitern. Die Wirtschaftskommission des Ständerats empfehle das Gesetz zur Ablehnung. Hinter der Regulierung steht beispielsweise die SP, dagegen spricht sich unter anderem die FPD aus. (NZZaS, S. 10)

**LUXUSHOTELS:** Der Alpentourismus wird immer glamouröser. Zu diesem Schluss kommt eine exklusive Auswertung des Branchenverbands Hotelleriesuisse für die "NZZ am Sonntag". Laut dieser hat die Zahl der Vier- und Fünfsternehotels in den Bergen zwischen 2010 und 2023 deutlich zugenommen, und zwar von 253 auf 304. Viele weitere gehobene Hotels seien in Planung. Gleichzeitig ging die Anzahl Hotels in niedrigeren Kategorien von 2900 auf 2350 zurück. Dies widerspiegeln ein Kundenbedürfnis: So habe der Luxusbereich bei insgesamt stagnierenden Logiernächten massiv zugelegt, nämlich von 4,8 Millionen Übernachtungen in 2010 zu über 6,2 Millionen in 2023. (NZZaS, S. 34-35)

**ENERGIEWENDE:** Die Energiewende rückt laut der "Sonntagszeitung" weiter in die Ferne. Laut bisher unveröffentlichten Zahlen des Verbands Gebäudeklima Schweiz wurden im letzten Jahr 7320 neue Öl- und Gasheizungen verkauft - ein Anstieg um 14 Prozent. Dafür brach die Zahl der verkauften umweltfreundlichen Wärmepumpen 2024 um 30 Prozent ein. Laut dem Branchenverband mussten etliche Unternehmen bereits Mitarbeitende entlassen. Gleichzeitig verloren E-Autos und Solarpanels an Schwung. (SoZ, S. 7)

ls/rw